Stromkonzessionsvertrag

der **Stadt Bramsche**, vertreten durch den Bürgermeister

- im Folgenden „Stadt“ genannt -

und

der **Stadtwerke Bramsche GmbH**, vertreten durch die Geschäftsführung,

- im Folgenden „Gesellschaft“ genannt –

- im Folgenden gemeinsam „Vertragspartner“ genannt -

§ 1

Wegenutzungsrecht

- (1) Die Stadt räumt der Gesellschaft das Recht ein, die im Stadtgebiet der Stadt Bramsche gelegenen und der Verfügungsgewalt der Stadt unterliegenden öffentlichen Verkehrsräume (Straßen, Wege, Brücken, Plätze usw.) für die Verlegung und den Betrieb von Leitungen (einschließlich Fernwirkleitungen zur Netzsteuerung und Zubehör), die zum Elektrizitätsversorgungsnetz der allgemeinen Versorgung im Netzgebiet gehören, zu nutzen. Das Nutzungsrecht gilt auch für sonstige Anlagen der Versorgung mit Elektrizität und für Leitungen, die nur teilweise der lokalen Verteilung von Strom dienen, jedoch nicht für reine Durchgangsleitungen.
- (2) Die Einräumung der Rechte nach Absatz 1 erfolgt auf der Grundlage des Angebotes der Gesellschaft vom 12.05.2015, soweit dieser Vertrag keine abweichenden Regelungen enthält.
- (3) Ist die Gesellschaft nicht selbst Eigentümer und Betreiber des Netzes, so hat sie durch Vertrag mit dem Eigentümer und, soweit nicht mit diesem identisch, auch durch Vertrag mit dem Betreiber sicherzustellen, dass diejenigen Verpflichtungen gegenüber der Stadt erfüllt werden, die lediglich vom Eigentümer oder Betreiber des Stromverteilernetzes erfüllt werden können oder zumindest deren Mitwirkung bedürfen. Die Gesellschaft ist berechtigt, im Rahmen eines Pachtvertrages dem jeweiligen Vertragspartner ihre Rechte aus diesem Vertrag zur Ausübung zu überlassen. Der Abschluss des Pachtvertrages bedarf der Zustimmung der Stadt. § 10 Abs.1 gilt insoweit entsprechend.

- (4) Die Versorgungsanlagen im Sinne von Abs. 1 können auch für die Versorgung mit Elektrizität von Gebieten außerhalb des Netzgebietes gem. Abs. 1 genutzt werden. Zudem kann die Gesellschaft zu diesem Zweck Anlagen im Netzgebiet errichten und betreiben. Soweit die Gesellschaft öffentliche Verkehrsräume für solche Anlagen nutzen möchte, die nicht der unmittelbaren Versorgung von Letztverbrauchern im Netzgebiet gemäß Abs. 1 dienen, bedarf sie hierzu der Zustimmung der Stadt. Die Stadt kann hierfür die Vereinbarung einer angemessenen Vergütung verlangen.
- (5) Die Nutzung von Grundstücken der Stadt, die nicht öffentliche Verkehrsräume im Sinne von Abs. 1 sind, bleibt einer gesonderten Vereinbarung vorbehalten, es sei denn, die Benutzung ist gemäß Niederspannungsanschlussverordnung (NAV) oder aufgrund sonstiger Regelungen/Bestimmung zuzulassen.
- (6) Die Stadt wird die Gesellschaft während der Laufzeit dieses Vertrages bei der Beschaffung von Grundstücken zur Errichtung und zum Betrieb aller für die Versorgung mit Elektrizität erforderlichen Anlagen im Rahmen ihrer Möglichkeiten nach besten Kräften unterstützen.
- (7) Die Stadt übernimmt keine Gewähr dafür, dass die öffentlichen Verkehrsräume, in oder auf denen Versorgungsanlagen der Stadtwerke verlegt oder errichtet sind, in ihrem Bestand unverändert oder im Eigentum der Stadt verbleiben.

Eine beabsichtigte Übereignung dieser Grundstücke wird die Stadt der Gesellschaft rechtzeitig vor der Veräußerung mitteilen und auf deren Verlangen und Kosten die für vorhandene Versorgungsanlagen bestehenden Rechte der Gesellschaft durch Bestellung von beschränkt persönlichen Dienstbarkeiten zugunsten der Gesellschaft sicherstellen. Für eine eventuelle Wertminderung der Grundstücke leistet die Gesellschaft eine einmalige angemessene Entschädigung, die mit der Eintragung der Dienstbarkeit fällig wird.

§ 2

Planung, Bau und Unterhaltung von Versorgungsanlagen in öffentlichen Verkehrsräumen

- (1) Versorgungsanlagen in öffentlichen Verkehrsräumen sind von der Gesellschaft so zu planen, dass der Hauptzweck, dem die öffentlichen Verkehrsräume dienen, möglichst wenig beeinträchtigt wird. Die Stadt kann eine Änderung der Planung verlangen, wenn ein überwiegendes öffentliches Interesse oder ein anderer wichtiger Grund es erfordert. Versorgungsleitungen sind grundsätzlich im Erdreich zu verlegen, sofern dies nicht im Einzelfall aufgrund besonderer Umstände unzweckmäßig oder wirtschaftlich unzumutbar ist.

(2) Die Ausführung der von der Gesellschaft geplanten Baumaßnahmen ist der Stadt so rechtzeitig anzuzeigen, dass eine vernünftige Abstimmung mit den von der Stadt oder von anderen Versorgungsträgern geplanten Baumaßnahmen ermöglicht wird. Baumaßnahmen geringen Umfangs (insbesondere die Herstellung von Netzanschlüssen und Baumaßnahmen deren Länge 100 m nicht überschreitet) wird die Gesellschaft rechtzeitig bei der Stadt unter Angabe des Ausführungszeitpunktes und des ausführenden Tiefbauunternehmens sowie Vorlage eines Lageplans anzeigen.

(3) Versorgungsanlagen werden von der Gesellschaft nach den gesetzlichen Bestimmungen sowie den anerkannten Regeln der Technik und der Baukunst erstellt, betrieben und unterhalten.

(4) Für Aufgrabungen von öffentlichen Verkehrsräumen hat die Gesellschaft, sofern es sich nicht um die Beseitigung von Schäden handelt, die keinen Aufschub duldet, rechtzeitig die erforderlichen Genehmigungen einzuholen.

Die Gesellschaft wird sich vor Beginn der Arbeiten auch mit den übrigen Benutzern der öffentlichen Verkehrsräume wegen der Lage etwaiger sich darin befindender Kabel, Leitungen oder Kanäle in Verbindung setzen. Bei Straßenbauarbeiten, die die Stadt durch fremde Unternehmer ausführen lässt, wird die Stadt den betreffenden Unternehmer verpflichten, bei seinen Arbeiten alle erforderlichen Maßnahmen zur Sicherung bestehender Versorgungsanlagen der Gesellschaft zu treffen, über vorhandene Versorgungsanlagen bei der Gesellschaft Auskunft einzuholen und die Gesellschaft unverzüglich zu benachrichtigen, falls bei den Arbeiten Versorgungsanlagen der Gesellschaft freigelegt oder in Mitleidenschaft gezogen werden .

(5) Die Gesellschaft verpflichtet sich, alle Arbeiten mit der Sorgfalt eines ordentlichen Unternehmers sach- und fachgerecht durchzuführen oder durchführen zu lassen und dabei insbesondere die Verkehrssicherungspflichten zu übernehmen.

(6) Nach Beendigung der Arbeiten sind die benutzten Teile der öffentlichen Verkehrsräume von der Gesellschaft wieder in einen einwandfreien, der früheren Beschaffenheit entsprechenden Zustand zu versetzen. Die Wiederherstellung der früheren Beschaffenheit wird von der Stadt und der Gesellschaft gemeinsam abgenommen. Sollten nach gemeinsamer Abnahme innerhalb von fünf Jahren Mängel, die auf die Arbeiten der Gesellschaft zurückzuführen sind, an den betreffenden Stellen eintreten, so ist die Gesellschaft verpflichtet, diese Mängel zu beheben. Kommt die Gesellschaft ihrer Verpflichtung nicht rechtzeitig oder nicht vollständig nach, so hat die Stadt das Recht, die Arbeiten auf Kosten der Gesellschaft ausführen zu lassen, falls die Gesellschaft einer schriftlichen Aufforderung in angemessener Frist nicht Folge leistet. Bei Gefahr im Verzug kann die Stadt sofort die erforderlichen Maßnahmen treffen.

- (7) Die Stadt wird die Gesellschaft von allen (Bau-)Maßnahmen in ihren öffentlichen Verkehrsräumen, die möglicherweise eine Änderung, Umlegung oder Entfernung von Versorgungsanlagen bedingen, rechtzeitig verständigen, sodass eine vernünftige Abstimmung ermöglicht wird. Die Stadt ist verpflichtet, bei ihren Planungen auf vorhandene Versorgungsanlagen der Gesellschaft Rücksicht zu nehmen.

Erweiterungen im Straßennetz und Projekte über die Erschließung neuer Bebauungsgebiete sind der Gesellschaft rechtzeitig mitzuteilen.

Beim Ausbau bestehender öffentlicher Verkehrsräume oder bei der Anlegung neuer öffentlicher Verkehrsräume hat die Gesellschaft Versorgungsanlagen, die sie in oder auf diesen Verkehrsräumen zu errichten beabsichtigt, zeitlich koordiniert mit den Arbeiten der Stadt zu verlegen.

§ 3

Folgepflicht und Folgekosten

- (1) Ist aus Gründen des Straßenbaus, der Verkehrssicherheit oder sonstigen im öffentlichen Interesse liegenden wichtigen Gründen eine Änderung, Umlegung oder Entfernung von Versorgungsanlagen der Gesellschaft notwendig, so wird die Gesellschaft derartige Maßnahmen nach Aufforderung durch die Stadt innerhalb einer angemessenen Frist durchführen. Die Stadt und die Gesellschaft stellen gemeinsam sicher, dass die jeweilige Änderung zum beiderseitigen Vorteil auf das durch das städtische Interesse gebotene Maß beschränkt wird und der angestrebte Zweck mit den für beide Seiten geringsten Aufwendungen erreicht wird. Die Planungshoheit der Stadt für die Anlegung, Veränderung und Einziehung öffentlicher Verkehrsräume wird dadurch nicht berührt.
- (2) Werden Maßnahmen nach Abs. 1 von der Gesellschaft in den ersten zehn Jahren nach Errichtung, Änderung oder Umlegung einer Versorgungsanlage durchgeführt, so tragen Stadt und Gesellschaft die Folgekosten je zur Hälfte. Werden die Maßnahmen nach Ablauf von zehn Jahren nach der Errichtung, Änderung oder Umlegung einer Versorgungsanlage durchgeführt, so trägt die Gesellschaft die Folgekosten allein.
- (3) Als Folgekosten gelten die der Gesellschaft entstehenden Kosten, die der Stadt auf Verlangen nachzuweisen sind. Die Selbstkosten errechnen sich unter Berücksichtigung eines angemessenen Gemeinkostenzuschlages.
- (4) Erfolgt die Änderung, Umlegung oder Entfernung einer Versorgungsanlage auf Veranlassung eines Dritten, sind sich Stadt und Gesellschaft darüber einig, dass der Dritte

als Veranlasser die vollen Kosten zu tragen hat. Die Stadt wird die Gesellschaft bei der Durchsatzung dieser Ansprüche unterstützen.

- (5) Von den vorstehenden Regelungen unberührt bleiben gesetzliche Bestimmungen (z. B. § 150 BauGB), Bestimmungen aufgrund dinglicher Rechte oder anderweitige schuldrechtliche Vereinbarungen.

§ 4

Nachlass auf Eigenverbrauch

- (1) Die Gesellschaft gewährt der Stadt für den in Niederspannung abgerechneten Eigenverbrauch den nach Preis- und Steuerrecht jeweils höchstzulässigen Nachlass (z. Zt. 10 % auf den Rechnungsbetrag für den Netzzugang). Zum Eigenverbrauch zählen auch der Verbrauch der Eigenbetriebe und sonstiger Einrichtungen der Stadt. Dies gilt entsprechend für Eigengesellschaften der Stadt, die nicht im wirtschaftlichen Wettbewerb stehen.
- (2) Die Gesellschaft erfüllt den Rabattanspruch gegenüber der Stadt durch eine Gutschrift. Die Gutschrift erfolgt unabhängig davon, welcher Lieferant die Versorgung der stadt eigenen Lieferstellen durchführt. Grundlage der Berechnung des Rabattanspruches ist die Abrechnung der Netznutzungsentgelte für die Belieferung der stadt eigenen Abnahmestellen. Der jeweilige Netznutzer bzw. Lieferant erhält auf jeder Rechnung einen Hinweis, dass die Stadt einen Rabatt in Höhe von 10 % auf die Netznutzungsentgelte erhält, der mit der Stadt konzessionsvertraglich vereinbart wurde und unmittelbar mit der Stadt abgerechnet wird. Die Gesellschaft wird die Gutschrift pro Lieferstelle durchführen, zeitgleich mit der jeweiligen Abrechnung bzw. vorläufigen Abrechnung der Netznutzung.
- (3) Für den Fall, dass künftig einmal die Begrenzung des Gemeinderabattes durch Höchstsätze wegfallen sollte, werden die Vertragspartner eine einvernehmliche Regelung herbeiführen. Gleiches gilt entsprechend für den umgekehrten Fall, dass der Gemeinderabatt gänzlich entfallen sollte.

§5

Konzessionsabgaben

- (1) Die Gesellschaft zahlt an die Stadt für die Einräumung der Vertragsrechte die nach Preis- und Steuerrecht für die Elektrizitätsversorgung jeweils höchstzulässigen Konzessionsabgaben.
- (2) Liefern Dritte im Wege der Durchleitung Elektrizität an Letztverbraucher, so sind für diese Lieferungen Konzessionsabgaben in derselben Höhe an die Stadt zu zahlen wie sie die Gesellschaft in vergleichbaren Fällen für ihre eigenen Elektrizitätslieferungen zu zahlen hat.
- (3) Wird ein Weiterverteiler über öffentliche Verkehrsräume mit Elektrizität beliefert, der die Elektrizität ohne Benutzung solcher Verkehrsräume an Letztverbraucher weiterleitet, so sind von der Gesellschaft für dessen Belieferung Konzessionsabgaben in der Höhe zu zahlen, in der dies auch ohne Einschaltung des Weiterverteilers zulässig wäre.
- (4) Die Gesellschaft leistet monatlich eine Abschlagszahlung nach Maßgabe der jeweils erbrachten Versorgungsleistungen.
- (5) Bis zum 31.03. eines Jahres übergibt die Gesellschaft der Stadt eine Abrechnung über die für das Vorjahr zu zahlenden Konzessionsabgaben. Sich aufgrund der Abrechnung ergebende Über-/Unterzahlungen sind auszugleichen.
- (6) Im Fall geänderter gesetzlicher Vorgaben werden Verhandlungen über eine Neufestlegung aufgenommen. Soweit gesetzlich zulässig, gelten die vorstehenden Bestimmungen bis zu einer Neuvereinbarung weiter.

§6

Haftung

- (1) Die Gesellschaft haftet nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen für alle Schäden, die der Stadt durch die Erstellung, den Betrieb, die Unterhaltung, das Vorhandensein oder die Entfernung von Versorgungsanlagen der Gesellschaft entstehen.

- (2) Die Gesellschaft hat die Stadt von Schadensersatzansprüchen, die Dritte der Stadt gegenüber im Zusammenhang mit der Erstellung, dem Betrieb, der Unterhaltung, dem Vorhandensein oder der Entfernung von Versorgungsanlagen geltend machen, insoweit freizustellen, als die Stadt im Außenverhältnis haftet. Die Stadt wird solche Ansprüche Dritter nur mit Zustimmung der Gesellschaft anerkennen oder vergleichsweise regeln. Etwaige Rechtsstreitigkeiten wird die Stadt im Einvernehmen mit der Gesellschaft führen. Die Gesellschaft trägt in diesem Falle alle der Stadt zur Last fallenden gerichtlichen und außergerichtlichen Kosten des Rechtsstreits.
- (3) Die Abs. 1 und 2 gelten entsprechend für die Haftung der Stadt gegenüber der Gesellschaft bei Schäden, die durch die Stadt oder deren Beauftragte den Versorgungsanlagen der Gesellschaft schuldhaft zugefügt werden.

§ 7

Laufzeit des Vertrages

Der Vertrag beginnt am 01.01.2017 und läuft bis zum 31.12.2036 (20 Jahre).

§ 8

Anmeldungen, Genehmigungen

Die Gesellschaft hat Anmeldungen und Genehmigungen für die Durchführung der Elektrizitätsversorgung und die Benutzung öffentlichen oder privaten Eigentums selbst auf ihre Kosten vorzunehmen bzw. zu beschaffen.

§ 9

Endschafftsbestimmungen

- (1) Wird dieser Vertrag nach seinem Ablauf nicht verlängert, so kann die Stadt verlangen, dass ihr die von der Gesellschaft für den Betrieb der Netze der allgemeinen Versorgung im Netzgebiet geschaffenen oder unterhaltenen Verteilungsanlagen gegen Zahlung einer wirtschaftlich angemessenen Vergütung zum Eigentum überlassen werden. Als wirtschaftlich angemessen ist grundsätzlich der Sachzeitwert der Anlagen anzusehen. Dabei sind bei der Erstellung der Anlagen empfangene Baukostenzuschüsse sowie

vergleichbare Zuschüsse, soweit sie zum Übernahmzeitpunkt nicht aufgelöst sind, zugunsten der Stadt zu berücksichtigen. Übersteigt der Sachzeitwert jedoch den Ertragswert der Anlagen, so ist der Ertragswert maßgeblich.

- (2) Macht die Stadt vor dem Abschluss eines neuen Konzessionsvertrages von ihrem Überlassungsrecht nach Absatz 1 keinen Gebrauch, so bleibt die Verpflichtung der Gesellschaft nach § 46 Abs. 2 Satz 2 EnWG unberührt.
- (3) Etwaige Kosten der Netzentflechtung trägt die Gesellschaft, etwaige Kosten der Netzeinbindung trägt die Stadt.
- (4) Für den Fall, dass die Stadt und die Gesellschaft sich nicht über die Höhe der für die Überlassung der Versorgungsanlagen zu zahlenden Vergütung einigen können, wird die Bestimmung gutachterlich durch von der Stadt und der Gesellschaft zu bestellende Sachverständige getroffen. Die Stadt und die Gesellschaft bestellen je einen Sachverständigen. Können sich die Sachverständigen nicht einigen, entscheidet ein Obmann, der von den Sachverständigen gemeinsam bestellt wird. Können sich die Sachverständigen nicht innerhalb von sechs Wochen nach Antrag eines Sachverständigen über die Person des Obmanns einigen, so soll der Präsident des zuständigen Oberlandesgerichts um die Ernennung des Obmanns ersucht werden. Wird der Vorschlag der Sachverständigen von der Stadt oder der Gesellschaft nicht akzeptiert, verbleibt die Möglichkeit, eine Entscheidung auf dem ordentlichen Gerichtsweg herbeizuführen.
- (5) Die Gesellschaft ist verpflichtet, drei Jahre vor dem Ende der Laufzeit dieses Vertrages und im Falle der Kündigung unverzüglich nach deren Zugang der Stadt alle Auskünfte zu geben, die für eine sachgerechte Beurteilung der wirtschaftlichen Verhältnisse des Netzbetriebes im Zusammenhang mit der Entscheidung über einen neuen Konzessionsvertrag erforderlich sind.

§ 10

Rechtsnachfolge und Kündigung des Vertrages

- (1) Die Gesellschaft darf Rechte aus diesem Vertrag nur mit Zustimmung der Stadt an Dritte abtreten und das Eigentum oder sonstige Rechte an den in Ausübung ihrer Nutzungsrechte nach diesem Vertrag geschaffenen oder unterhaltenen Anlagen nur mit Zustimmung der Stadt auf Dritte übertragen. Die Stadt erteilt bereits heute ihr unwiderrufliches Einverständnis zur Übertragung der Rechte und Pflichten aus diesem Vertrag auf die Stromnetzgesellschaft Bramsche mbH & Co. KG sowie zu einem Vertragsbeitritt der RWE Deutschland AG.

- (2) Die Stadt kann diesen Vertrag aus wichtigem Grund ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist kündigen, wenn die Gesellschaft Verfügungen gemäß Absatz 1 ohne ihre Zustimmung vornimmt.
- (3) Die Stadt kann diesen Vertrag mit einer Frist von sechs Monaten zum Ende eines Kalenderjahres kündigen, wenn sich die Beteiligungsverhältnisse an der Gesellschaft um mehr als 50 % der Gesellschaftsanteile oder der Stimmrechte in der Gesellschafterversammlung gegenüber dem Stand bei Vertragsabschluss ändern. Das Gleiche gilt, falls sich die Mehrheitsverhältnisse an einem Dritten, an den Rechte und Pflichten aus diesem Vertrag gemäß Absatz 1 übertragen worden sind, um mehr als 50 % ändern.

§ 11

Gerichtsstandsvereinbarung

Ausschließlicher Gerichtsstand für alle Streitigkeiten aus oder im Zusammenhang mit diesem Vertrag ist Osnabrück. Die Vertragspartner werden bei Streitigkeiten über den Inhalt oder den Vollzug des Vertrages jedoch primär eine gütliche Einigung anstreben. Das ordentliche Gericht entscheidet ferner nur dann, soweit sich die Vertragspartner nicht auf die Einsetzung eines Schiedsgerichts oder auf die Einholung eines Schiedsgutachtens einigen.

§ 12

Schlussbestimmungen

- (1) Änderungen und Ergänzungen dieses Vertrages bedürfen der Schriftform (§ 126 BGB). Dies gilt auch für die Aufhebung des Schriftformerfordernisses.
- (2) Dieser Vertrag basiert auf dem Rechtsstand zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses. Sollten sich künftig das EnWG, die KAV oder sonstige einschlägige gesetzliche Regelungen ändern und dies Auswirkungen auf die dem Vertragsschluss zugrunde gelegten Prämissen, insbesondere auf die Erreichung der Ziele nach § 1 EnWG oder die Ermittlung der Konzessionsabgaben haben, sind beide Vertragspartner berechtigt, eine Anpassung des Vertrages zu verlangen. Gleiches gilt für den Fall vergleichbarer unmittelbar oder mittelbar anzuwendender bestands- bzw. rechtskräftiger Entscheidungen oberster Bundesgerichte oder des Europäischen Gerichtshofs. Sollte es der Gesellschaft durch Gesetz oder

Verwaltungsmaßnahmen ganz oder teilweise unmöglich werden, die in diesem Vertrag vereinbarten Leistungen für die von der Stadt eingeräumten Rechte zu erbringen, so wird die Gesellschaft im Rahmen des rechtlich Zulässigen der Stadt andere gleichwertige Leistungen gewähren, soweit die Gesellschaft durch den Wegfall oder die Beschränkung der genannten Vorschriften begünstigt wird. Die Art und Weise der dann zu erbringenden Leistungen wird zwischen den Vertragspartnern vereinbart.

- (3) Sollte eine Bestimmung dieses Vertrages rechtsunwirksam sein oder werden, so kann daraus nicht die Ungültigkeit des ganzen Vertrages hergeleitet werden. Die Vertragspartner verpflichten sich vielmehr, die ungültige Bestimmung durch eine ihr im wirtschaftlichen und technischen Erfolg möglichst gleichkommende rechtsgültige Bestimmung zu ersetzen. Entsprechendes gilt beim Vorhandensein von Vertragslücken.
- (4) Treten während der Vertragsdauer Umstände ein, welche die technischen, wirtschaftlichen oder rechtlichen Auswirkungen dieses Vertrages so wesentlich berühren, dass Leistung und Gegenleistung nicht mehr in einem angemessenen Verhältnis zueinander stehen, so kann jeder Vertragspartner eine Anpassung des Vertrages an die geänderten Verhältnisse verlangen.
- (5) Dieser Vertrag ist in zwei gleichen Fassungen ausgefertigt. Stadt und Gesellschaft haben je eine Ausfertigung erhalten.

Bramsche, den [...] 2015

Bramsche, den [...] 2015

STADT BRAMSCHE

Stadtwerke Bramsche GmbH